

Bezugspreis:

Vierteljährlich 180.— M. monatlich 60.— M. ...

Anzeigenpreis:

Die einpolige Anzeigenzeile ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 28. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Ebert an Lerchensfeld.

Der „Sozialdem. Parlamentsdienst“ meldet: Der am Donnerstag vormittag vertagte Kabinettsrat fand gestern nachmittag statt.

Die Gewerkschaften und die Krise.

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und vom IFA-Bund wird uns mitgeteilt:

Bei Erörterung der letzten Vorgänge in Bayern sind in der Tagespresse Meldungen über angebliche Sitzungen des gewerkschaftlichen Aktionsausschusses gemacht worden.

Die Spilengewerkschaften haben in ihrem ersten Aufruf den Willen bekundet, alle von der Reichsregierung zum Schutz der Republik getroffenen Maßnahmen zu unterstützen.

Wenn jetzt eine Landesregierung in verfassungswidriger Weise die Durchführung eines mit qualifizierter Mehrheit der gesetzgebenden Körperschaften beschlossenen Gesetzes zu unterbinden vorzucht, so kann und muß es gerade in einem demokratischen Staatswesen der Initiative der Reichsregierung überlassen sein.

Die Gewerkschaften werden an zentraler Stelle, wie insbesondere auch in ihren bayerischen Gliederungen wachsam die weitere Entwicklung der Dinge verfolgen, um die ihnen anvertrauten Arbeit-

nehmerinteressen wahrzunehmen. In diesem Augenblick aber hat die Reichsregierung als die allein berufene Exekutive für die Erfüllung beschlossener Reichsgesetze das Wort.

Süddeutsche Ministerkonferenz.

Der württembergische Staatspräsident hieher, der badische Staatspräsident Hummel und der hessische Staatspräsident Ulrich treffen heute zu einer Besprechung zusammen.

Der Reichskanzler hat den badischen Staatspräsidenten Professor Hummel eingeladen, bei der Verfassungsfeier im Reichstag am 11. August 1922 die Festrede zu halten.

Nürnberg handelt selbständig.

Nürnberg, 27. Juli. (M.T.B.) Der Stadtrat Nürnbergs hat beschlossen, daß, da man nicht warten könne, bis von der jetzigen bayerischen Staatsregierung eine Anordnung für alle bayerischen Gemeinden getroffen werde, die Gemeindebeamtenordnung der Stadt Nürnberg auf Grund des Reichsgesetzes über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik einer Durchsicht unterzogen und den Bestimmungen dieses Gesetzes angepaßt wird.

Die Arbeitsgemeinschaft in München.

München, 27. Juli. (M.T.B.) Die Generalversammlung der Münchener U.S.P. billigt in einer Entschließung den Schritt der Landtagsfraktion, welche die SPD. in Anbetracht der ersten Gefahr, die der deutschen Republik gerade von Bayern aus droht, zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft. Ebenfalls wurde der Reichstagsfraktion für ihr Streben, mit der SPD. zu einer Einigung zu kommen, das Vertrauen ausgesprochen.

Moratorium und Kriegsschulden.

London, 27. Juli. (M.T.B.) Lloyd George stellte im Unterhause auf mehrere Anfragen mit, die Frage der Reparationen und diejenige der interalliierten Schulden würden im Laufe der nächsten Wochen erörtert werden können.

Terijoki, 27. Juli. (D.E.) Der russische Finanzkommissar Sokolnikow äußert sich in einem Presse-Interview sehr pessimistisch zu der durch den Abbruch der Haager Konferenz geschaffenen Lage.

Dazu ist zu bemerken, daß nach verschiedenen Meldungen solche separate Verhandlungen gegenwärtig tatsächlich in London stattfinden. Das Einigungsobjekt sind die Petroleumquellen, die in Genua wie auch im Haag den unsicheren und stets gegenwärtigen Zentralpunkt der Verhandlungen gebildet haben.

Nach dem Scheitern der Haager Konferenz hat es also den Anschein, als wolle England für sich allein die Petroleumquelle erwerben. Das würde aber gleichbedeutend sein mit dem endgültigen Verzicht auf einen interalliierten Schuldenausgleich.

Landesrat des Saargebietes.

Saarbrücken, 27. Juli. (M.T.B.) In der ersten Sitzung des Landesrates wurde ein von der Regierungskommission ausgearbeiteter Entwurf der Geschäftsordnung überreicht und aus den Abgeordneten eine Geschäftsordnungskommission gebildet.

Scharf wurde auch die Haltung der Regierungskommissare getadelt, die sich während der ganzen Kommissionsberatungen nie darüber äußern konnten, wie sich die Regierung zu dem Gegenorschlag der Fraktionen stelle. Das sei ein unerträglicher Zustand.

Sie wollen nicht mehr isoliert sein.

Paris, 27. Juli. (M.T.B.) Der Vorsitzende der französischen Gruppe der Interparlamentarischen Union, Senator D'Estournelles de Constant, hat einen Brief des Vorsitzenden der belgischen Gruppe, Baron Descamps, dahin beantwortet, daß entgegen der Haltung der belgischen bürgerlichen Parteien die französischen Parlamentarier an der Tagung der Interparlamentarischen Union, die am 28. August in Wien stattfinden wird, trotz der Anwesenheit der Deutschen teilzunehmen gedenken.

Das Recht der Tarifverträge.

Von R. Kasper.

Durch die Verordnung vom 23. Dezember 1918 hat der Tarifvertrag zum ersten Male eine rechtliche Grundlage erhalten. Die bis dahin striktig gewesene Frage, ob ein Tarifvertrag „abdingbar“ ist, wird durch diese Verordnung dahin beantwortet, daß durch den Tarifvertrag das Mindestmaß der Leistungen des Unternehmers festgelegt wird.

Der Sinn dieser Verordnung ist klar. Sie will den Abschluß von Tarifverträgen fördern und indirekt einen gewissen Druck auf die Aussenleiter ausüben, sich ihren Organisationen anzuschließen. Ihre Eigenschaft als Aussenleiter schützt sie unter Umständen nicht davor, daß sie dem Tarifvertrag unterstellt werden, an dessen Abschluß sie sich nicht beteiligt und auf dessen Gestaltung sie keinen Einfluß ausgeübt haben.

Sehr lehrreich sind in dieser Hinsicht die Erfahrungen, die bei dem Verfahren an Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit des Reichsmantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe gesammelt wurden. Von Beginn des Jahres 1921 ab wurde länger als ein halbes Jahr über den Vertrag verhandelt.

Nun begann das umständliche Verfahren des Reichsweges der „überwiegenden Bedeutung“. Da einige Unternehmerverbände, die durch Streik zur Anerkennung gezwungen worden waren, daneben aber auch die preussische Landesregierung, Einspruch erhoben hatten, fanden wiederholt Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium statt.

Am 3. Juli erhielt der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes vom Präsidenten des Reichsamts für Arbeitsvermittlung die Mitteilung, daß der Reichsmantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe mit Wirkung vom 1. April 1922 für allgemeinverbindlich erklärt und am 30. Juni in das Tarifregister eingetragen wurde.

ausgenommen. Eine Begründung ist dieser Entscheidung nicht beigegeben. Man erkennt aber die leitenden Gedanken, wenn man die betreffenden Bestimmungen betrachtet und dabei das berücksichtigt, was den Vertretern der Parteien gelegentlich der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium eröffnet wurde.

Der eine Grundsatz des Reichsarbeitsministeriums (man kann ruhig von diesem sprechen, denn das Reichsamt für Arbeitsvermittlung hat offenbar nur den bereits im Arbeitsministerium gefassten Beschluß ausgeführt) geht dahin, nicht zuzulassen, daß Außenleiter unter die Gerichtsbarkeit der Vertragsparteien gestellt oder gezwungen werden, Einrichtungen zu benutzen, über welche die Vertragsparteien verfügen. Dementsprechend sind nicht nur die Bestimmungen über die Benutzung des Arbeitsnachweises von der Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen, weil in erster Linie die Schaffung partieller Arbeitsnachweise vorgeschrieben ist, auch sämtliche Bestimmungen über die Behandlung von Streitigkeiten haben das gleiche Schicksal erfahren. Im Verträge ist vorgeschrieben, daß an gefährlichen Maschinen nicht im Afford gearbeitet werden darf, und daß Frauen und Jugendliche an solchen Maschinen nicht beschäftigt werden dürfen. Diese Vorschriften sind allgemeinverbindlich. In beiden Fällen folgt aber im Vertrag ein zweiter Satz, der besagt, daß im Zweifelsfalle die Vertragsinstanzen festzustellen haben, ob eine Maschine als ungefährlich zu betrachten ist. Dieser zweite Satz ist von der Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen. Solche Rücksichtnahme auf die Gefühle der Außenleiter ist rührend, zumal sie das Reichsarbeitsministerium, wie in dem lehrerwähnten Fall, so weit treibt, daß sie die Spottlust geradezu herausfordert.

Erster zu nehmen ist der andere Grundsatz des Reichsarbeitsministeriums, vertragliche Bestimmungen, die weiter gehen als gesetzliche Vorschriften, von der Allgemeinverbindlichkeit auszuschließen. Der Vertrag bestimmt, daß die Arbeitszeit täglich acht, wöchentlich 48 Stunden beträgt. In einer Reihe namentlich aufgeführter Orte ist sie aber auf 46 bzw. 47 Stunden festgelegt. Dieses Kapitel über die Arbeitszeit ist von der Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen und ebenso das folgende Kapitel, das von den Überstunden handelt und vorschreibt, daß über ihre Notwendigkeit der Arbeitgeber in Gemeinschaft mit der Betriebsvertretung entscheidet. Wenn länger als eine Woche hindurch Überstunden geleistet werden sollen, dann ist die Entscheidung der Schlichtungskommission anzurufen. Mit dem Ausschluß dieser Bestimmungen von der Allgemeinverbindlichkeit läßt das Reichsarbeitsministerium erkennen, daß es ihm nicht gefällt, daß eine kürzere als die 48stündige Arbeitszeit vertraglich vereinbart wird.

Es kommt aber noch schöner. In der Holzindustrie gibt es noch sehr viele Kleinbetriebe, und im Vertragswesen in der Holzindustrie ist schon lange der Arbeitsausschuß vorgesehen, an dessen Stelle in den kleineren Betrieben der Vertrauensmann der Arbeiter tritt. Später wurde das Betriebsrätegesetz geschaffen, das den Arbeitern eine gesetzliche Vertretung sichert, aber für die kleinen Betriebe eine solche nicht vorsieht. Um diese Lücke auszufüllen, ist im Verträge vorgesehen, daß in Betrieben ohne gesetzliche Arbeitervertretung der Betriebsvertrauensmann ähnliche Funktionen und Rechte hat, wie der gesetzliche Betriebsobmann. Diese Pflichten und Rechte sind im Verträge näher umschrieben. Das Reichsarbeitsministerium hat alle Bestimmungen über den Betriebsvertrauensmann von der Allgemeinverbindlichkeit ausgenommen!

Diese Entscheidungen verdienen nur insofern Beachtung, als sie zeigen, unter welchen Gesichtspunkten das Reichsarbeitsministerium bzw. das Reichsamt für Arbeitsvermittlung seine Befugnis, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, ausübt. Im vorliegenden Falle haben ja die Ausschüsse, die von der Allgemeinverbindlichkeit gemacht wurden, keine praktische Bedeutung, denn der Deutsche

Holzarbeiterverband sorgt schon dafür, daß der Vertrag durchgeführt wird, gleichviel ob er das Placet des Reichsarbeitsministeriums hat oder nicht. Aber die Arbeitervertreter im Reichstag sollten sich für diese Dinge interessieren. Sie sollten auch nicht abwarten, bis diese Materie eine gesetzliche Regelung erfährt, sondern darauf dringen, daß die Grundsätze, die jetzt bei der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen maßgebend sind, recht bald einer gründlichen Prüfung unterzogen werden.

Wulle, der Judengenosse.

Vom deutschnationalen Parteifreit.

Nachdem die deutschnationalen Partei solange im völkischen Trommelfeuer gestanden und sich so oft den Vorwurf der Judenfreundlichkeit hat gefallen lassen müssen, nimmt die „Deutsche Tageszeitung“ den Gegenangriff mit gleichen Waffen auf, indem sie schreibt:

Wenn man zu diesen Dingen hinzunimmt, daß ausgerechnet der „Vorwärts“ das erste Blatt ist, das den Namen der beabsichtigten neuen Parteigründung, „Völkische Freiheitspartei“, mitteilen kann, und wenn man weiter gesehen hat, wie in den Tagen des Nichterscheinens des „Deutschen Abendblattes“ dessen Kampf vom „Vorwärts“, von der „Freiheit“ und von der jüdisch-demokratischen Presse aufgenommen und weitergeführt worden ist, dann kann man kaum noch im Zweifel sein, zu wessen Vorteil dieser Kampf ausgehen soll.

Also ist Herr Wulle indirekter Mitarbeiter der „jüdisch-demokratischen Presse“. Auf der einen Seite ist die deutsch-nationale Parteileitung durch und durch judenfreundlich, auf der anderen besorgt auch Wulle die Geschäfte der Juden — wie gut muß es da den Juden gehen!

Die Geschichte mit dem Verschwinden des Wulle-Blattes wird immer rätselhafter. Jetzt ist es wieder die „Deutsche Tageszeitung“, die erklärt:

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat weder mit der Frage der Kredite noch mit sonstigen Angelegenheiten des „Deutschen Abendblattes“ etwas zu tun. Auf das Erscheinen oder Nichterscheinen des „Deutschen Abendblattes“ hat die „Deutsche Tageszeitung“ keinerlei Einfluß genommen und wird ihn auch nicht nehmen. Selbst wenn sie dazu in der Lage wäre, würde sie politische und geschäftliche Dinge streng auseinanderhalten.

Das Erscheinen oder Nichterscheinen des „Deutschen Abendblattes“ hängt und hing lediglich von dessen geschäftlicher Leitung selbst ab. Mit diesen Feststellungen entfällt auch die alberne Behauptung des „Vorwärts“, die „Unterbrechung des Wulle-Blattes“ sei „auf Betreiben maßgebender Parteifreie“ erfolgt.

Das Wulle-Blatt selbst hat aber die „alberne Behauptung“ des „Vorwärts“ wörtlich abgedruckt, ohne sie aber zu finden, und es hat die bemerkenswerte Hinzufügung gemacht, daß ihm sämtliche Drudereien, die es schon festzuhaben glaubte, immer wieder absaßen. Nun soll nur die eigene geschäftliche Leitung an den geistigen Verlusten, die die Welt durch das Nichterscheinen des Wulle-Blattes erlitten hat, schuld tragen. So wächst sich diese Geschichte immer mehr zu einem Detektivroman aus.

Die „Völkische Freiheitspartei“.

Herr Wulle übersendet der „Dena“ folgende Mitteilung: „Eine mißverständlich klingende Neuerung im geistigen Parteilife des „Deutschen Tageblatt“ ist so ausgefallen worden, als sei ich aus der Partei ausgeschlossen. Das ist nicht der Fall. Ich habe mit Herrn v. Graefe zusammen zunächst nur die Mitarbeit in der Fraktion niedergelegt. Die Meinung, daß ich beabsichtige, eine „völkisch-freiheitliche Partei“ zu gründen, ist falsch. Alle darüber verbreiteten Nachrichten sind, was meine Person anbelangt, von A bis Z erfunden. Dasselbe gilt auch für Herrn v. Graefe und Herrn Major Henning.“

Eine Nachricht, wonach die drei Genannten eine neue Partei gründen wollen, ist uns nicht bekannt, sie hat zum mindesten nicht

in diesem Blatt gestanden. Vielmehr ist uns wohlbekannt, daß der Plan vom „Direktor“ des Wulle-Blattes, Herrn Sontag, ausgeht, der mit Ludendorff in intimer Berührung steht. Die Erklärung des Herrn Wulle richtet sich somit gegen Herrn Sontag, den journalistischen Vertrauensmann Ludendorffs. Es geht aus ihr hervor, daß die Völkischen nicht nur mit den Deutschnationalen, sondern auch untereinander den schönsten Krach haben. Und daran dürfte die Gründung der „völkischen Freiheitspartei“, die schon am letzten Sonnabend erfolgen sollte, zunächst scheitern.

Herr Wulle hatte übrigens in seinem vorgestrigen Artikel ausdrücklich von seinem „Ausgeschiedensein“ aus der deutschnationalen Partei geschrieben, worüber die „Deutsche Tageszeitung“ erleichternd aufatmend quillerte: „Herr Wulle betrachtet sich nicht mehr als zur Partei gehörig.“ — Fehlgelassen, er bleibt ihr erhalten!

Ein deutschnationaler Geld-„Revolutionär“.

Die vergoldete Dolchspießlegende.

Die „Tägliche Rundschau“ hat, wie wir schon berichteten, mit der Anekdote aus dem nationalistischen Will einen Mann herausgeklaubt, der während des Krieges Sozialisten angebetet hat und sich seither „Revolutionär“ nennt. Dieser Mann entbült die schauerlichsten Dinge. Im besonderen ist er um den Nachweis bemüht, daß die Entente mit Hilfe deutscher Deserteure, die er sämtlich Sozialisten nennt, den Dolchstoß geführt habe.

Wir müssen zugeben, daß der neueste Seitartikler der „Täglichen Rundschau“, Wolfgang Breithaupt, über jene schmuglischen unterirdischen Beziehungen, die sich im Kriege entwickelten, glänzend unterrichtet ist. Er macht es sich in seiner Darstellung nur allzu leicht. Jedermann, der ihn während des Krieges, als er desertierte, mit guten Worten oder einem Stück Brot unterstützte, nennt er ein „Glied der riesenhaften revolutionären Wühlorganisation“. Dabei verschont er nicht einmal die Frauen, die ihm damals freundlich gegenübergetreten sind, und die merkwürdigerweise, wie alle, die ihm geholfen haben, sehr bald nach seiner Flucht mit dem Gefängnis Bekanntschaft machten.

Es lohnt nicht, auf die lächerlichen Nichtigkeiten einzugehen, die Breithaupt in der „Täglichen Rundschau“ breit-treten darf. Wir möchten nur zur Charakteristik dafür, was für Leute in jener Zeitung für nationale Politik zu Worte kommen dürfen, einige Kleinigkeiten über den „Revolutionär“ Breithaupt feststellen. Breithaupt hatte keine Lust zum Kriegsspielen, deshalb schüttete er sich heißes Wasser über den Fuß und zeigte ihn der Aushebungskommission. Als seine Verlegung nicht mehr ausreichte, flüchtete er nach Holland. Dort unterhielt er merkwürdig gute Beziehungen zur deutschen Gesandtschaft und anderen deutschen Behörden. Er war aber auch in der Lage, die erste Denkschrift Helfferichs gegen den U-Boot-Krieg zu pervertieren, sogar Kenntnisse über heimliche deutsche Metallbestellungen in Holland vermochte er der englischen Gesandtschaft bekanntzumachen. Er bemühte sich auch, andere Deserteure mit Ententeblättern und deren Vertretern in „gute“ Beziehungen zu bringen. Er selbst wurde unter anderem Mitarbeiter der „London Times“. Trotz seiner vielfachen politischen also brotlosen Betätigung hatte er merkwürdigerweise, was schon in Deutschland auffiel, immer reichlich Geld. Nur schienen die Quellen mit Kriegsende versiegt zu sein, sonst hätte er es nicht nötig gehabt, sich bettelnd an deutsche Nazisisten heranzudrängen. Dabei scheint er den ersten Mißerfolg erlitten zu haben; hoffentlich tröstet ihn die „Tägliche Rundschau“ jetzt durch entsprechendes Honorar für seine „Enthüllungen“, die genauere Kenner seiner Person als seine eigenen Lebenserinnerungen bezeichnen.

Wir gratulieren der „Täglichen Rundschau“ zu ihrer neuesten Errungenschaft, dem Manne, der sich heute „Revolutionär“ nennt, wohl weil er es verstanden hat, im Interesse des eigenen Vorteiles Sauberkeit und Moral auf den Kopf zu stellen und zugleich mit materiellem Erfolg auf drei Hochzeiten zu sein.

Unschädlichmachung von Bazillen.

Von Wilhelm Berger.

Wer hat nicht, als er von dem Antrag der Deutschnationalen auf Entlassung des Ministers Reil las, unwillkürlich an den Ibsenschen Heiden Dr. Stedmann, den „Volksfeind“, denken müssen? Die Geschichte ist vielleicht nicht allen Lesern bekannt, darum sei sie hier in kurzen Zügen wiedergegeben.

Der leitende Arzt eines Kurortes, Dr. Stedmann, stellt auf Grund von Nachprüfungen der Heilquellen fest, daß das Wasser, das von Tausenden von Patienten genossen wird, mit Bazillen verunreinigt ist. Er legt sich sofort mit dem Bürgermeister, seinem Bruder, und dem Stadtrat in Verbindung, um sie zur Unschädlichmachung der Quellen und damit zur Rettung von Tausenden von Patienten, die an ihre Heilkräfte glauben, zu bewegen. Die Stadtväter lehnen den Vorschlag ab, da er den Ruin des Kurortes bedeutet, und erklären den Antragsteller, als er, von Idealismus und Menschenliebe getrieben, sich an die Öffentlichkeit wendet, für einen Volksfeind. Die Masse vertraut ihrer offiziellen Vertretung und demoliert die Wohnung des Arztes.

Und wie liegen die Dinge in der Affäre Reil? Reil hat auf Grund von Nachprüfungen der Urten des Abgeordneten Bazille festgestellt, daß dieser Volksvertreter weiter nichts als ein das Volk schädigender Bazillus ist. Er hat sich, als der Deutschnationalen Anspruch auf die Rolle eines Repräsentanten von Ordnung, Ehre und Moral machte, an die Öffentlichkeit gewandt, um sie von dieser Bazille zu befreien. Und nun stellt eine ganze Partei, also ein Teil des Volkes, den Antrag auf Unschädlichmachung nicht des Herrn Bazille, sondern — des Ministers Reil.

Theater ist Leben, Phantasie ist noch nicht in die Tat umgesetzte Wirklichkeit. Es scheint, als hätte Henrik Ibsen durch Schaffung des „Volksfeindes“ ein Bild dafür geben wollen, wie im Leben zuweilen nicht der Schädling, sondern sein Entdecker bestraft wird.

Dah es diesmal aber doch anders kommen wird, dafür scheint eine Gewähr gegeben in der Stellungnahme der württembergischen Öffentlichkeit, die die Sache am meisten angeht und von der ein bürgerliches Blatt berichtet, daß sie die ganze Geschichte geradezu komisch armute, da ihr das Spiegelbild des Herrn Bazille längst bekannt sei.

In Wirklichkeit handelt es sich hier aber nicht allein um die Affäre Bazille-Reil, sondern um ein allgemeines Problem von größter Wichtigkeit. Wie dem Minister Reil der Mißbrauch des Amtscheinmisses vorgeworfen wurde, als er sich an die Öffentlichkeit wandte, um die Verantwortlichen zu entlarven, so werden Arbeiter, Angestellte und Beamte bei Dienstreise dazu verpflichtet, über alle internen Vorgänge des Betriebes strengstes Schweigen zu bewahren. Ob dieses Schweigen auch dann zu bewahren ist, wenn es sich um Dinge und Personen handelt, die die Interessen der Allgemeinheit bewußt schädigen — das ist das Problem, das der Klärung bedarf.

Wir wollen hoffen, daß diese Klärung nicht lange auf sich warten läßt und daß die Bürger der deutschen Republik die Gewißheit erhalten: bei uns werden die Bazillen, aber nicht deren Entdecker unschädlich gemacht.

Ende der römischen Höhlenbewohner? Endlich scheint auch den römischen Höhlenbewohnern die Stunde geschlagen zu haben. Seit einiger Zeit beginnt ihr Schrei nach Rettung in die Öffentlichkeit zu dringen und das Gewissen der Stadtväter zu beunruhigen. Nur wenige Fremde bemerken es, selbst viele Römer wußten es nicht, daß in der Hauptstadt Italiens ganze Familien in Erdhöhlen leben, die nicht einmal den Tieren zuliegen würden.

Wer durch die Porta del Popolo in das Quartier Flaminio gelangt, sieht sich von lauter städtischen Häusern und Villen umgeben. Rechter Hand begleitet eine liebliche Hügelkette die zum Ponte Molle führende Via Flaminia. Der arglose Spaziergänger ahnt nicht, daß in diesen Hängen ein Erdloch neben dem anderen gegraben ist, das den künftigen Roms als Wohnung dient. Das größte Wohngebiet der kultivierten Welt verbirgt sich schon und schamhaft in diesen Höhlen. Ganze Familien von oft zehn Köpfen, nicht selten mehrere zusammen, haufen hier in einem engen, fensterlosen Raum auf nackter Erde und schlafen auf einem Lager, ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts. Da gibt es keine Bequemlichkeit, nicht den geringsten hygienischen Vorbehalt. Während der heißen Zeit ist der Schmutz und Kot dieser Höhlen eine wahre Brutstätte für Krankheiten. Im Winter findet der Rauch des Herdfeuers keinen Ausgang aus den schornsteinlosen Höhlen. Seit dem Kriege und der ihm folgenden Wohnungsnot hat sich die Lage der Höhlenbewohner noch erheblich verschlimmert. Immer mehr Menschen pferden sich in einem engen Raum zusammen. Außerdem werden immer neue Höhlen gegraben, so daß das darüber befindliche Terrain in Gefahr gerät, zu spalten und einzusinken. Momentlich dieser Umstand, sowie gesundheitliche Bedenken sind es, die jetzt die Aufmerksamkeit der Behörden den armen Höhlenbewohnern zuwenden. Man ist nun aber ziemlich ratlos, wie der Sache bei der allgemeinen Wohnungsnot abzuhelfen sei. Immerhin ist bereits die Räumung öffentlicher Baulichkeiten in Aussicht genommen worden, um die Höhlenbewohner nach Möglichkeit unterzubringen. Damit würde dann eine Spezies Mensch verschwinden, die heute nur noch in der „Ewigen Stadt“ und sonst nirgends in Europa gedeihen konnte.

Ein Goethe- und Schiller-Fund. Unter den nachgelassenen Papieren des romantischen Dichters Rudolf von Beyer, die manchen Schatz der zeitgenössischen und vorausgehenden Literatur bergen, finden sich zwei Briefe von Goethe und Schiller. Die Briefe, an den Juristen Professor Hufeland gerichtet, tragen intimen Charakter und führen uns die beiden großen Dichter menschlich nahe. Goethe erscheint in einem neuartigen Lichte, denn daß der Olympier in der Lotteriespiele, mag den wenigsten bekannt sein. Er suchte hier sogar eine bestimmte Losnummer und macht Bemerkungen über das Wesen des Lotteriespiels. Das Konzept lassen wir in getreuer Wiedergabe folgen: „Hollten Gw. Wohlgeborenen die Güte haben, mit der heutigen Post, bey Ihrem Herrn Schwager (nennet ihn Wiedemann in Hamburg) anzusprechen; ob das Voc Nr. 7666 in der Hamburger Stadtlotterie selbst entweder ganz oder zum Teil viellicht noch zu haben wäre. Ich habe beobachtet, daß es doch angenehm sein müßte in einem zwar unwahrscheinlichen aber doch möglichen Falle das Gut zugleich mit dem großen Losse zu gewinnen. Sie sehen, daß ich mich gleich in dem Sinn eines Lotteriespielers verhalte, an den Zufall muß man gleich übertriebene Forderungen machen. Ich fürchte nur die Nummer ist schon in alle Welt aus-

gegangen. Erfreuen Sie sich des schönen Morgens in Ihrem Garten. Dena, den 20. May 1797. G.“

Der Schiller-Brief ist in authentischer Abschrift überliefert. Der Dichter erscheint in Gedichtentwürfen, zeigt aber keinen hochherzigen Charakter, da er trotz eigener Verlegenheit dem Kermeren zu helfen wünscht. Der Brief, undatiert, stammt aus dem Jahre 1799. Die erwähnten „Memoires“ sind die „Allgemeine Sammlung historischer Memoires“, herausgegeben von Schiller, erschienen bei Johann Michael Raute; Schiller war Professor in Jena geworden. Vertuch ist der auch mit Goethe in Beziehung stehende Uebersetzer und Herausgeber. Der Brief lautet wörtlich folgendermaßen: „Raute, der mir contractmäßig zwei Drittel Honorar für die Memoires nach Ablieferung des Manus. bezahllen sollte, ist abgereist ohne deswegen Verfügungen zu treffen. Ich hatte ihm den Tag bestimmt, wann ich fertig werden würde, und bin es noch um zwei Tage früher geworden. Da ich mich auf diese Einnahme verlassen und sonst keine andere Anordnung getroffen habe, so bin ich dadurch sehr genirt, besonders da ich vor meiner Abreise noch allerlei abzutun habe. Unter anderem kommt der arme Schein, der Ihnen diesen Brief überbringt, sehr dabei ins Gebränge. Ich habe ihm versprochen ihm auf diese Zeit Geld vorzuschließen, wovon er Kost, Logis u. dergleichen von diesem ganzen Sommer abzutragen hat. Er hat seine Creditoren auf den Tag vertrießt, den ich ihm bestimmt habe, und nun setzt er mich wirklich in Verlegenheit. Sie stehen in Abrechnung mit Raute und können mir die Gefälligkeit erweisen mir bis er kommt, oder bis ich ihm wenigstens geschrieben und Antwort erhalten habe, 16 Carolin (ein Carolin ist ein Goldstück im Werte von sechs Talern) auf seine Rechnung vorzuschließen, denn so viel beträgt die Summe, die er mir jetzt zu bezahlen hätte. Können Sie es aber nicht, so muß ich mich an Vertuch halten und Sie verzeihen mir meine unhöfliche Zumuthung. Gute Nacht, lieber Freund. Ich habe Morgen einen freien Tag, weil ich erst übermorgen abreise und besuche Sie und Schülz noch, dem Sie mich bestens empfehlen mögen. Ihr Schiller.“

Die Neuordnung der Dresdener Gemäldergalerie. Die sämtlichen Museen des an Kunstschätzen so reichen Dresden sind in der letzten Zeit einer Neuordnung und Umgestaltung unterzogen worden; in dem Schloßmuseum wurde zudem eine neue Schatzkammer geschaffen. Im „Cicerone“ berichtet Paul F. Schmidt über diese Umformung und macht auch wichtige Mitteilungen über die Neuordnung der Gemäldergalerie, die freilich noch nicht endgültig ist. In dem obersten Geschloß, das der neuen Kunst eingeräumt worden ist, sieht im Mittelpunkt der Saal, der dem großen Maler Ferdinand von Rayski gewidmet ist. In 14 Gemälden, von denen die Hälfte Neuwerbungen sind, ist seine Kunst würdig vertreten. Links gelangt man von diesem Saal zu der älteren Kunst, die sich eine besonders scharfe Ausbebung hat gefallen lassen müssen, rechts zu den französischen und deutschen Impressionisten und dem Saal der neuesten Kunst. Sehr wertvolle Leihgaben des Museums sind herbeizuführende Bilder von Delacroix, Manet, Liebermann, Trübner, Schuch, auch die Gemälde der „Jünglinge“ sind fast alles Schenkungen und Leihgaben, darunter drei hervorragende Werke Kotschkas, eine schöne Landschaft Hecksels und die „Tierschicksale“ Franz Marcs. Die Berliner Zerkelion wird eine Kollection von Werken ihrer Mitarbeiter und einiger Wölfe im kommenden Herbst für eine Wanderausstellung zusammenstellen und daher auf ihre übliche Kunsthau im November d. J. in Berlin verziehen.

Die Ein- und Ausfuhr Berlins.

Für die Beurteilung der Wirtschaftsverhältnisse eines Landes bilden die Ein- und Ausfuhrziffern einen sehr wesentlichen Maßstab. Bei der Größe und Bedeutung Berlins ist es deshalb angebracht, die Ein- und Ausfuhrziffern einer näheren Betrachtung zu unterziehen.

Der Gesamtgüterverkehr

betrug in Tonnen:

Table with columns for Year, Import (Eingang), and Export (Ausgang) in tons. Data ranges from 1913 to 1921.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß im Jahre 1921 an der Einfuhrziffer vom Jahre 1913 noch über 4 Millionen Tonnen fehlen. Doch ist seit 1919 ein ständiges Steigen zu beobachten.

Der Anteil der Eisenbahn

an der Gesamtein- und Ausfuhr wird durch folgende Zahlen veranschaulicht:

Table showing the share of railway in total import and export for the years 1913 to 1921.

Hier sind also die Mengen vom Jahre 1913 nahezu erreicht.

Die Leistung der Binnenschifffahrt.

Die Rindereinfuhr von rund 4 Millionen Tonnen hat demnach wesslos die Binnenschifffahrt zu tragen, was aus einer Betrachtung der Zahlen, welche auf die Binnenschifffahrt fallen, zu ersehen ist:

Table showing the performance of inland shipping (Binnenschifffahrt) and railways (Eisenbahn) from 1913 to 1921.

Bei den günstigen Wasserstraßenverbindungen, die Berlin nach allen Richtungen hin hat und angesichts des Umstandes, daß nicht nur die Stadt, sondern auch Private riesige Anlagen für Hafens- und Speicheranlagen gemacht haben, ist dieser Rückgang schwer zu verstehen.

Das Verhältnis erklärt sich bis zu einem gewissen Grade aus der Tarifpolitik der Eisenbahn, ferner daraus, daß die Binnenschifffahrt nicht so sicher disponieren kann.

die ewigen Schwankungen der Frachtsätze in der Binnenschifffahrt ehe abtrotzend als anziehend wirken. Der Hauptfehler liegt jedoch an der mangelhaften Organisation in der Binnenschifffahrt.

Für Berlin ist diese Entwicklung tief bedauerlich. Hätte man dieselbe voraussehen können, so hätte man bei Speicher- und Hafenanlagen sicher anders disponiert.

Berlin muß jetzt ein lebhaftes Interesse daran haben, den Anteil der Schifffahrt an der Ein- und Ausfuhr zu steigern, denn nur wenn dies gelingt, werden die Hafenanlagen ihren Zweck nutzbar gemacht und damit ihre Rentabilität ermöglicht.

Stadtrot Schünig.

Die neuen Straßenbahntarife.

Zufolge des Einflusses der südlichen Körperkassen tritt bereits vom heutigen Freitag, den 28., ab folgender Tarif in Kraft:

1. Einzelsfahrpreis für Erwachsene auf den Stammbahnen 5 M., im Binnenvorkehr der Vorortbahn, Spandauer, Köpenicker Straßenbahnen, Teltower Kreisbahnen einschließlich Grünwaldbahn 4 M., für Kinder von 6 bis 14 Jahren sowie (auf Berechnungsschein) für Lehrlinge und Schüler von 14 bis 17 Jahren 3 M. — 2. Umsteigefahrkarte eine auf den Stammbahnen und im Vorkehrverkehr mit der Hochbahn 8 M., im Binnenvorkehr der genannten Vorortbahnen 4 M. — 3. Monatskarten vom Monat August ab auf den Stammbahnen für eine Linie 320 M., zwei Linien 420 M., drei Linien 520 M., alle Linien 880 M. — 4. Schülerkarten 95 M. — 5. Arbeiterwochenkarten von der mit dem 31. Juli beginnenden Woche ab auf den Stammbahnen für 6 Wochenfahrten 25 M., für 12 Wochenfahrten 50 M., für 48 Fahrten (Bierwochenfahrten) 200 M. — 6. Sammelkarten für die Vorortbahnen (bisher 8 Fahrten) für 22 M. werden nicht mehr ausgegeben.

Siedlungsban.

Das Projekt einer sehr erheblichen Verbilligung für den Bau von Arbeiterwohn- und Siedlungsbauern beschäftigt gegenwärtig die Regierung und Kommunalbehörden Berlins. Es handelt sich um ein ganz neues Bauverfahren zur Herstellung von Arbeiterhäusern usw., das eine enorme Verbilligung der Kosten darstellt.

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frank.

„Dann ist Neuf vor aller Augen rehabilitiert, und ich fahre zur Bahn, um heimzureisen. Was ich natürlich mit ruhigem Bewußtsein tun kann, da der Patient in einem erstklassigen Sanatorium Aufnahme gefunden hat.“

„Doktor... Doktor... ich kann Ihnen das Gefühl nicht schildern, das mich beherrscht, wenn ich rückwärts zu sehen veruche... Wie dankbar bin ich dafür, daß diese fürchtbare Woche hinter mir liegt, die ich kein zweitesmal durchmachen möchte...“

„Dennoch dürfen wir heute frohlocken, da wir Albert Neuf gefunden, da Sie, mein lieber Garbislander, ihn dem Dunkel des Geheimnisses entreißen und ihn dem Licht dieser Welt zurückgegeben haben.“

„Und so wird hoffentlich wieder alles so werden wie früher. Sie haben noch die letzte Verpöchtigung übernommen, das erkennende Wort zu sprechen, den Leuten den Schlüssel in die Hand zu geben, den sie ja doch nicht finden würden.“

Die Tapentür öffnete sich, das Geräusch, das traumhaft, wie ferner Wellenschlag nur hörbar gewesen war, stürzte plötzlich wie brausende Brandung in das Gemach. Da die Tür sich hinter drei, vier eifertig sich tummelnden Heeren rasch wieder schloß, versank auch der Darm wieder.

Die ungeladenen Gäste, die vorerst nicht wußten, an welchen der beiden Herren sie wenden sollten, stellten sich schließlich vor, das heißt, sie nannten die Namen der Zeitungen, die sie zu bedienen hatten; einer stellte sich immer vor den

anderen, und alle zusammen baten um das Manuskript des Vortrages.

Doktor Jordan zuckte bedauernd mit den Achseln; er habe keines.

Ob er nicht mit einem Auszug dessen dienen könne, was er auszuführen gedenke.

Abermals mußte er, sehr zum Mißvergnügen des Quartetts, verneinen.

Einer vermaß sich, etwas von „Rücksichtslosigkeit“ zu murmeln, während der zweite der vorgerückten Stunde Erwähnung tat, und der dritte aufs Bitten sich verlegte, wobei er vom vierten unterstützt wurde.

„Es tut mir aufrichtig leid“, sagte der Arzt, um der Szene ein Ende zu machen, „aber ich spreche frei und ohne eigentliche Disposition... Ich habe vorläufig, wie Sie mir glauben könnten, noch gar keine Ahnung, was ich, später sagen werde!“

Die Reporter sahen ein, daß eine Verlängerung ihres Aufenthaltes zwecklos wäre, daß ein anderes Ergebnis nicht zu erzielen sein würde, und so verließen sie das Künstlerzimmer weit weniger höflich, als sie es betreten hatten.

Am gleichen Augenblick ertönte das Schreien einer elektrischen Klingel. Garbislander schüttelte dem Freund die Hand und begab sich ebenfalls in den Saal. Doktor Jordan knöpfte seinen schwarzen Rock zu, dann folgte er dem bekrachten Herrn, der die Tapentür geöffnet hatte. Diesmal war die Brandung, die bisher im Saal gewütet hatte, verstummt.

Als Jordan das Podium betrat, empfing ihn erwartungsvolle Stille. Der Weg, den er bis zu dem Tischchen zurückzulegen hatte, war nicht weit. Er hielt den Blick zur Erde gesenkt, rückte, auf seinem Platz angelangt, Wasserflasche und Glas an den Rand der Tischplatte, schob die mit einem grünen Schirm bedeckte Lampe beiseite, hob den Kopf, sah die unzählbare Menge der Gesichter aneinandergereiht, deren Augen sämtlich auf ihn gerichtet waren, erblickte dicht vor sich, in der ersten Reihe sitzend, das breite Vächeln des Polizeipräsidenten und neben diesem die aufgeregte Blässe seiner Frau.

Er gab sich einen Ruck, sah in den nichtsagenden Vorren der Zuhörer auf, blickte ins Leere, und mit einemmal stand Albert Neuf' Bild vor ihm, wie er als „Behrwolf“ ausgegesehen hatte.

Da war auch schon der Beginn seiner Rede geformt und gefunden.

die kein Erwerbsunternehmen, sondern ein genossenschaftliches ist, das unter Aufsicht der Staats- und Kommunalbehörden steht, wird Anfang August in der Stadt Gelsenkirchen, die ein großes Terrain für diesen Zweck zur Verfügung gestellt hat, in Gegenwart von Vertretern der Regierung und Genossenschaften eingeweiht werden.

Mitgegangen — mitgehangen.

Folgen schweres Erlebnis eines Arbeits- und Obdachlosen.

Der Kramoll im Asyl für Obdachlose, welcher schon einmal in einer Strafsache gegen die Fühler des Schwurgericht beschuldigt hatte, hatte gestern noch ein Nachspiel vor der Berlinstrassengericht des Landgerichts I. Wegen Landfriedensbruchs war der 21-jährige Arbeiter Emil Lehmann angeklagt.

Im Asyl für Obdachlose in der Fröbelstraße befindet seit Gründung dieser Einrichtung der Brauch, daß jeden Morgen die Anwesenheit des Asyls in kleineren Gruppen nach dem Polzeizimmer geführt werden, wo ihnen eine Verwarnung zuteil wird, sich innerhalb einer Woche ein Obdach zu suchen, anderenfalls sie wegen Obdachlosigkeit dem Polizeipräsident vorgeführt werden müßten. Diese Einrichtung ist deshalb getroffen worden, weil sich unter den wirklich obdachlos, aber arbeitenden Anwesen viele Arbeitscheue und Bettler befanden, welche auf Kosten der Steuerzahler sonst monatlang das Asylrecht für sich in Anspruch nehmen würden.

Königstreue Finanzamt und kaiserliche Reichsbank.

Vor dem Eingang zum Finanzamt I in der Sprossstraße zu Charlottenburg hängt ein Schild mit dem preussischen Königsadler, der Krone, Zepier und Kohlrübe trägt und den vorübergehenden Republikanern die Zunge austreckt. Ein Leser schreibt uns darüber: Von diesem Finanzamt erhielt ich die Veranlagung zu einer Steuer, deren erste Rate im Juli 1920 fällig war, prompt im Februar 1922, und mußte während weniger Wochen eine Summe zahlen, die sich nach dem Willen des Gesetzes auf zwei Jahre verteilen sollte.

Ferner wird uns geschrieben: Obwohl die Reichsbank als volkswirtschaftlich hervorragendes Institut ganz im Sinne des Zeitgeistes gefeiert werden mußte, kann man bei ihr leider feststellen, daß trotz gegenteiliger gesetzlicher Bestimmungen heute noch Lebensgroße Bilder Wilhelms II. in den vornehmsten Amtsräumen hängen, so z. B. im Bibliotheksaal und im Festsaal des Reichsbankdirektoriums, sowie in anderen Dienstzimmern der Reichshauptbank.

Auf die Herbeischaffung der französischen Fahnen, die im Kriege 1870/71 erbeutet und in der Potsdamer Garnisonkirche aufbewahrt wurden, Anfang 1919 nach dem Berliner Zeughaus gebracht wurden und von dort verschwunden sind, hat die Reichsregierung eine Belohnung von 100 000 Mark ausgesetzt.

„Meine sehr geehrten Herren und Damen,“ begann Doktor Jordan, „ich habe mir erlaubt, Sie heute hierher zu bitten, weil ich Ihnen die Wahrheit über Albert Neuf vermitteln will, dessen Person Sie alle nun schon geraume Zeit beschuldigt, um den das Gerücht bereits eine Anzahl Legenden gebreitet hat, die zu zerstören, deren richtiges Maß herbeizuführen, ich für meine Pflicht gehalten habe, an deren Erfüllung ich gehe, ehe ich die Stadt Riga verlasse, die ich vor einer Woche besetzen habe.“

Das Recht, hier vor Ihnen zu erscheinen, mich zum Anwalt des Schauspielers Albert Neuf zu erheben, leiste ich aus zwei Gründen ab; ich bin nicht nur sein persönlicher Freund, sondern vor allem sein Arzt und nur zu dem Zweck nach Riga gekommen, um seiner Frau den plötzlich auf unerklärliche Weise verlorengegangenen Gatten wiederfinden zu helfen, was mir ja auch, wie Sie wissen, im Verein mit der über jedes Lob erhabenen Tüchtigkeit Ihrer Polizeibehörde, vor allem dank der tätigen Mitarbeit meines Freundes, des Wiener Schriftstellers Klaus Garbislander, gelungen ist.

Von diesem Herrn Garbislander werde ich in erster Linie zu sprechen haben — aus Gründen, die Ihnen erst später verständlich werden dürften... Er ist der Verfasser des Stückes „Der Werwolf“, in dem Albert Neuf seinen letzten großen Erfolg erzielt hat und in dem er sich auch in Riga so gern gezeigt hätte. Es ist mir nicht bekannt, meine sehr verehrten Anwesenden, ob Ihnen der Name Albert Neuf geläufig ist; wer über ihn Bescheid weiß, wer sich seiner aus früherer Zeit erinnert, der mußte es aufs tiefste bedauern, daß das Schicksal, aus Urlassen zumal, die das Schlimmste befürchten ließen, unterblieb.

(Fortsetzung folgt.)

Kommunisten hinter dem Karren.

Am 26. Juli hielten die kommunistische Reichstagsfraktion und sämtliche kommunistische Landtagsfraktionen in Stuttgart eine gemeinsame Besprechung ab, die sich nach dem kommunistischen Zentralorgan „mit den von der Arbeiterschaft zu ergreifenden parlamentarischen und außerparlamentarischen Maßnahmen gegen die Konterrevolution in Bayern“ befaßte. Es sollen eine Reihe von Beschlüssen gefaßt worden sein, die alle Beteiligten verpflichten, die Arbeiterschaft Deutschlands zu mobilisieren und den in Bayern konzentrierten konterrevolutionären Gefahren wirksam entgegenzutreten. Als die „nächsten Kampfziele der Arbeiterschaft“ propagiert nun die „Rote Fahne“ in diesem Zusammenhang folgende Forderungen:

Erstens: Der Rücktritt der hochverräterischen Regierung Verchenfeld, ihre Stellung vor den Staatsgerichtshof.

Zweitens: Die Niederkämpfung der konterrevolutionären Elemente in Bayern selbst, in der Verwaltung, Reichswehr, Polizei, Justiz, der monarchistischen Geheimbünde usw., die rücksichtslose Unterdrückung der monarchistischen Propaganda.

Drittens: Die sofortige Freilassung aller gefangenen Revolutionäre.

Viertens: Die sofortige Auflösung des Landtages.

Die Druckmittel, um diese nächsten Ziele zu verwirklichen, liegen auf der Hand:

In Bayern selbst: der Generallandtag.

Im Reich: die Unterstützung der Aktion des bayerischen Proletariats durch die wirtschaftliche Blockade Bayerns. Die sofortige Einberufung des Reichstags.

Wie man sieht, sind die Kommunisten im „Fordern“ immer noch sehr munter. Sie erreichen damit zwar nichts, aber sie geben sich doch den Anschein, als ob sie etwas täten. Wenn die deutschen Arbeiter nicht die kommunistischen Phrasen allzu lange und allzu nachsichtig hätten gewähren lassen, dann hätte die „Konterrevolution“ in Bayern nicht ihren Unterschlupf gefunden. Die „Räterepublik“ München war das Vorbild zur Rahr-Verchenfeld-Episode. Die Kommunisten waren die Schrittmacher der bayerischen Reaktionsherrschaft.

Deutschnationale Unruhe.

Vor einigen Tagen waren in Berlin die deutschnationalen Mitglieder des Reichstages und des Preussischen Landtages versammelt, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Die Mitglieder der preussischen Landtagsfraktion schloßen einen Beschluß, in dem sie schärfsten Widerspruch erhoben „gegen die bereits vollzogenen und die noch angehängten Entlassungen einer größeren Anzahl verdienstvoller Verwaltungsbeamten, gegen deren amtliche und politische Betätigung nicht der leiseste Vorwurf erhoben werden kann“. Es wird auf die angebliche Unruhe hingewiesen, die durch diese „Willkür schlimmster Art“ in allen Volksteilen hervorgerufen wurde, und schließlich werden die Maßnahmen der Regierung als „Ausfluß politischer Parteimeinung“ gekennzeichnet.

Die Unruhe der Bevölkerung über die Säuberungsaktion erfaßt offenbar nur in der Phantasie der deutschnationalen Landtagsabgeordneten. Wir haben über die Maßnahmen des preussischen Innenministers bisher nur das Gegenteil von Unruhe bemerkt.

Randglossen nach Wilhelms Art.

Notwendige Säuberung der Amtsdienste.

Der Amtshauptmann Dr. Kästner und der Regierungsrat Dr. Liebernickel von der Amtshauptmannschaft Schwarzenburg in Sachsen sind, wie die sächsische Regierung bekannt macht, bis auf weiteres beurlaubt, Regierungsrat Dr. Hänichen, Regierungsamtmann Gohe und Kanzleivorstand Barth von der gleichen Amtshauptmannschaft sind in ein anderes Amt versetzt worden. In der Amtshauptmannschaft Schwarzenburg schienen Verfassung und Republik nicht mehr genügend geschützt zu sein. So wurden der zum Umlauf bei der Beamtenschaft betätigte dienstliche Tagesbericht und die republikanischen Zeitungen seit Jahr und Tag in unerhörter

Geschichte für Kongregationsmitglieder. Es ist alte Tradition in amerikanischen Kongressen, daß die Abgeordneten beim Eintritt in das Repräsentantenhaus oder in den Senat von Staats wegen nicht nur das übliche Schwereisen und ähnliches Handwerkszeug eines Volkstreters, sondern auch allerlei andere kleine Gaben von Onkel Sam erhalten. An erster Stelle steht da eine Art Taschenuhr, eine Gabe, deren Ursprung gemäß noch in eine Zeit fällt, in der Amerika noch nicht trocken gelegt war. Was die Kongregationsmitglieder heute mit der Flasche machen, und was sie daraus trinken, wird von dem amerikanischen Blatt, das sich über diesen ersten Brauch lustig macht, nicht verraten. Leitungswasser wird es aber wohl nicht sein. Uebrigens ist diese Flasche außen zum Schutz mit feinstem Leder überzogen und unter 10 Dollar im Handel nicht zu haben. Außerdem bekommt jeder Abgeordnete ein pikantes Taschenmesser, das gut und gern seine 8 Dollar wert ist, ein Spiel Karten ausgezeichneter Qualität und dazu Spielmarken. Diese Spielmarken sind in einem schönen Lederetui untergebracht und kosten zusammen auch nur die Kleinigkeit von 40 Dollar. Weiterhin erhalten die Kongregationsmitglieder ein Toilettenetui im Werte von 22 Dollar und einen Manikürkasten, der 26 Dollar wert ist, sicherlich, damit die Abgeordneten stets reine Hände haben. Während die Weibchen bekommt jedes Kongregationsmitglied drei Kisten, von denen eine aus Fichten, eine aus Eichen und eine aus Zedernholz ist. Darin sollen die Abgeordneten ihre Geschenke versenden. Ein Veteran des Kongresses, John Cannon, hatte es schließlich, da er vierzig Jahre im Repräsentantenhaus saß, auf 120 solcher Kisten gebracht.

Ein Rekordjahr der Bevölkerungsstatistik. Das Jahr 1920 ist, was die Geburten-, Heirats- und Scheidungsziffern anbelangt, nach den statistischen Mittellungen, die die englische Regierung Jacoben veröffentlicht, für Großbritannien ein Rekordjahr gewesen. Die Ziffern zeigen die höchste Heiratszahl, die bisher jemals berichtet wurde, nämlich 25,5 pro 1000. Die Zunahme der Bevölkerung ist die höchste, die in irgendeiner Zeit der englischen Geschichte festgestellt wurde. Sie betrug nämlich in dem Jahre 1920 491 652 Seelen. Die Zahl der Todesfälle ist mit 463 150 die verhältnismäßig geringste, die seit 1862 vorgekommen ist. Die Säuglingssterblichkeit, die seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts sehr im Abnehmen begriffen war, fiel im Jahre 1920 auf 80 Todesfälle bei 1000 Geburten, die niedrigste bisher bekannte Zahl. Die Ehen, die in England und Wales geschlossen wurden, betraugen 379 982, die größte Zahl, die je bekannt geworden. Die Zahl der Scheidungen bedeutet freilich auch einen Rekord, denn sie ist mit 6189 fast doppelt so groß, wie die von 1919, und fast dreifach so groß, wie in früheren Jahren.

Am Kunstgewerbe-Museum wird am Sonntag eine Ausstellung „Frankreicher Bauernarbeiten“ eröffnet.

Ein neues Theater in Berlin. Das in Charlottenburg im Kolonnen- und besinnliche Terra-Theater, das bisher als Kino diente, wird umgebaut und soll im Herbst als „Renaissance-Theater“ wieder eröffnet werden. Das Theater wird unter der Leitung von Theodor Jaggers einen klassisch-romantischen Spielplan mit einem alljährlich herauszubringenden Erntefest spielen. Als Regisseure werden Ludwig Berger, Heinz Goldberg und Emil Lind tätig sein. Mit dem Theater wird eine Liebessöhne verbunden.

befeidiger Weise von Dr. Liebernickel unter Duldung seiner Dienstbehörde durch Randbemerkungen glossiert. Ferner ist wegen dringenden Verdachts antirepublikanischer Betätigung Regierungsrat Dr. Geyer von der Amtshauptmannschaft Borna einstweilen beurlaubt worden.

Nach einer Bekanntmachung der thüringischen Staatsregierung ist Oberregierungsrat Gerstenhauer in Weimern seiner Ämter enthoben worden, da er in mehreren verbotenen rechtsradikalen Organisationen sehr einflußreich tätig war. Ebenso wurden Oberstaatsanwalt Heinrich und Staatsanwaltschaftsrat Hoel in Altenburg ihrer Ämter enthoben. Hoel war bei der letzten Landtagswahl Spitzenkandidat der Deutschnationalen.

Schivelbein in der nationalen Welt voran.

Groß aufgemacht wird im amtlichen Kreisblatt für Schivelbein angekündigt, daß die vaterländische Einheitsfront in Stadt und Land geschlossen sei. In einer gemeinsamen Versammlung aller „Nationalen“, einschließlich Haus- und Grundbesitzervereine, Bürgervereine, Handwerkerbund, Deutschnationaler Beamtenverein, Nationalverband deutscher Offiziere, Kreis-Kriegerverband, Regattklub und Gesangsverein, wurde dem Referat eines Freiherrn v. Bothmer zugehört. Und wem geht der Kampf? Der Reichsregierung, die unter dem Druck der Koalitionsparteien steht dem Bolschewismus Vorparandienste leistet. Es handelt sich dabei um nichts anderes als Mobilisierungsvorbereitungen, um im gegebenen Augenblick die — Räterepublik zu errichten. Man begann die nationale Einheitsfront damit, daß sie sozialistischer gestaltet wurde; unsere Genossen wurden aus der Versammlung hinausgewiesen; der Polizeikommissar leistete dabei Hilfeleistung.

In Schivelbein soll die Welt genesen! Wenn jetzt nicht alle deutschnationalen Sorgen wegen der deutschösterreichischen Pest sich in Wohlgefallen auflösen, dann wissen wir nicht, was die bedeutende Ereignis Hergt noch vor dem drohenden Feind von rechts retten soll.

Auf freiem Fuß.

Vom Sulza, 27. Juli. (III.) Wie der III. von zuverlässiger Seite berichtet wird, ist heute der Schriftsteller Dr. Stein von der Burg Saaleck vom Untersuchungsrichter in Berlin wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Ferner wird der Telegraphen-Union mitgeteilt, daß gegen die Schüler des Technikums in Bad Sulza, die die Leichen der beiden Rathenau-Mörder zu Grabe getragen haben, die Untersuchung eingeleitet werden soll. Von der thüringischen Regierung ist in dieser Angelegenheit auch bereits ein Schreiben an die Professoren des Technikums gerichtet worden.

Disziplinarfenat für Richter.

Auf Grund des Artikels 3 des vom Landtag beschlossenen Gesetzes zur Änderung des Gesetzes betreffend die Dienstreichen der Richter und die unfreiwillige Verlegung von Richtern auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand hat das preussische Staatsministerium aus der Zahl der preussischen Richter die folgenden Mitglieder und Stellvertreter für den großen Disziplinarfenat beim Kammergericht ernannt: Landgerichtspräsident Dr. Münster (Künster), Landgerichtspräsident Dr. Selner (Effen), Oberlandesgerichtspräsident Dr. Großmann (Marienwerder), Oberlandesgerichtspräsident Dr. Höpfer (Schiff), Amtsgerichtspräsident Marquard (Charlottenburg), Landgerichtspräsident Kroner (Landgericht I Berlin), als Stellvertreter: Landgerichtsdirektor Dr. Haude (Landgericht II Berlin), Landgerichtsdirektor Goebel (Cappeln), Amtsgerichtspräsident Geh. Justizrat Reinhard (Welle), Amtsgerichtspräsident Dr. Kohler (Amtsgericht Berlin-Mitte), Amtsgerichtspräsident David (Amtsgericht Berlin-Tempelhof), Landgerichtspräsident Amende (Landgericht III Berlin). Der Vorsitzende des Disziplinarhofes für die nicht richterlichen Beamten, Senatpräsident Dr. Meyer, gehört nicht, wie wir kürzlich meldeben, dem Kammergericht, sondern dem Oberverwaltungsgericht an.

Aus dem Reichsrat.

Der Reichsrat stimmte gestern in seiner öffentlichen Sitzung unter dem Vorsitz des Reichspostministers Giesberts einer größeren Reihe Gesetzesentwürfe und Verordnungen ohne wesentliche Erörterung zu, darunter dem Gesetz über das Deutsch-Polnische-Oberschlesische Bergwerksabkommen, der Verordnung über Überführung von Beihilfedarlehen zur Förderung des Wohnungsbaues, wodurch die Darlehenshöhe an die Gemeinden verdoppelt werden sollen, der Abänderung der Verordnungen mit Rücksicht auf die Selbstverwaltung, der Erhöhung der Entschädigung der Gemeinden für die Steuererhebung, wonach diese Entschädigung verdoppelt werden soll und die Erhöhung für die Zeit vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 nachgezahlt werden soll, sowie der Erhöhung der Löhne- und Lohnzuschüsse der Reichsbeamten. Die Richtlinien für die Verwendung der Reichszuschüsse notleidender Kleinrentner wurden genehmigt.

Der verschwindende Koks.

Im Reichsrat wurde gestern an Stelle eines bayerischen Antrages auf Wiedereinführung der Melde- und Zugangsbescheinigung für Koks ein preussischer Antrag angenommen, wonach die Eisenbahnkontrolle durch das Reichsverkehrsministerium dem Reichskohlenkommissar gewährleistet und den Versorgungsbezirken das Recht zur Beschlagnahme wieder eingeräumt werden soll.

Neues deutsches Metallgeld.

Die Vorschläge für die Ausprägung von Ersparnisnoten zu Nennbeträgen von 1, 3 und 5 M. wurden vom Reichsrat genehmigt. Diese Noten sollen aus einer Legierung von Aluminium mit 1 Proz. Kupfer bestehen. Zur Ausprägung sollen gelangen für 400 Millionen Mark Einmarkstücke, für 600 Millionen Mark Dreimarkstücke und für 800 Millionen Mark Fünfmarkstücke.

Verlagung der Dienstgebäude am 11. August. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ordnet der preussische Minister des Innern unter Bezugnahme auf die bekannten Beschlüsse des Staatsministeriums über die Verlegung der Dienstgebäude in einer Verfügung an, daß namentlich die erforderlichen Pläne mit Rücksicht auf die Feier des 11. August mit größter Eile auszuführen und zwar, soweit es bei der Kürze der Zeit möglich ist, unter Beachtung der in der Verfügung vom 22. Juni mitgeteilten Richtlinien zu beschaffen sind. Der Minister ersucht die zuständigen Ober- bzw. Regierungspresidenten und den Berliner Polizeipräsidenten um Verichterstattung bis spätestens 10. August, daß die erforderlichen Reichspläne vorhanden sind.

Au alle sozialistischen Studentengruppen Deutschlands! Jede sozialistische Studentengruppe Deutschlands wird gebeten, zu der Tagung republikanischer Studenten in Jena am 31. Juli und 1. August einen Vertreter zu entsenden. Für freie Unterkunft und freie Verpflegung ist gesorgt! Eventuell wird Fahrtunterstützung gewährt werden können. Alle sozialistischen Studenten wenden sich bei Auskünften, die die Tagung betreffen, an Arwid Harnack, cand. jur., Jena, Bestenstraße 20, oder an die Geschäftsstelle des Blocks republikanischer Studenten, Jena, Leichgraben 4.

Deutschlands Eintritt in den Völkerbund.

In letzter Zeit ist mehrfach, auch in der Presse des In- und Auslandes, die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund angesprochen worden. Wie die WPR. hören, hat diese Frage jedoch das Reichskabinett in letzter Zeit noch nicht beschäftigt, zumal auch für Deutschland und die deutsche Regierung ein konkreter Anlaß noch nicht vorlag. Auch steht zur Stunde noch nicht fest, wie die Entscheidung der Reichsregierung ausfallen wird, wenn die deutsche Regierung von irgendeiner Seite offiziell zur Stellungnahme in dieser Frage aufgefordert werden sollte.

Andererseits wird aus Paris gemeldet, daß der bekannte nationalistische Journalist Bertinag im „Echo de Paris“ die französische Regierung gegen die „drohende Gefahr“ eines Eintritts Deutschlands mobil zu machen sucht. Das mit dem „Echo de Paris“ bzw. Bertinag literarische Blatt „Daily Telegraph“ steht in dasselbe Horn. Man kann diese Propaganda als ein Echo der Rede des englischen Staatssekretärs Fisher betrachten.

Deutschland steht dem fern. Es ist nicht seine Sache, sondern Sache der Alliierten, die Gründer des Völkerbundes sind, vor dem sie Deutschland ausgeschlossen haben, diesen für uns wohnlich zu machen. Ein Beitritt, nur um Stöße zu bilden und das gesamtene Ansehen des Völkerbundes zu erhöhen, kann natürlich für Deutschland nicht in Frage kommen.

Kein Nachlaß der Ausgleichszahlungen?

Paris, 27. Juli. (W.P.) Das „Journal des Débats“ glaubt zu wissen (der „Temps“ versichert dasselbe in bestimmter Form), daß die Vertreter der alliierten Ausgleichsämter in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig den Beschluß gefaßt hätten, ihren Regierungen die Ablehnung des am 16. Juli gestellten deutschen Ersuchens um Herabsetzung der monatlichen Zahlungen an die Ausgleichsämter von 2 Millionen auf 500 000 Pfund Sterling zu empfehlen. Eine entsprechende Antwortnote der französischen Regierung sei bereits abgegangen. Der „Temps“ behauptet, der Beschluß sei gefaßt worden auf Grund des Mangels an gutem Willen, den Deutschland bei Durchführung des Ausgleichsverfahrens und der Anerkennung der alliierten Forderungen an den Tag gesetzt habe.

Noch kein italienisches Kabinett.

Rom, 27. Juli. (M.) Meda scheint nicht viel Aussicht zu haben, das Kabinett bilden zu können. In Parlamentssitzungen verhandelt der König werde die letzte Möglichkeit ergreifen und den Kammerpräsidenten de Nicola berufen, der ein Kabinett auf der Grundlage der Veröhnung aller Parteien zustande bringen soll. In diesem Kabinett würde der Londoner Botschafter de Martino Außenminister werden.

Mailand, 27. Juli. (Z.P.) In den Provinzen Ravenna und Forlì ist der Generallandtag ausgebrochen. In Cesena kam es zu blutigen Kämpfen zwischen Sozialisten, Kommunisten und Republikanern auf der einen und Faschisten auf der anderen Seite.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ weiter aus Rom meldet, machen die Schwierigkeiten der Lösung der Regierungskrise um so mehr Eindruck als auch aus der Romagna weitere beunruhigende Faschistenkämpfe gemeldet werden. In Ravenna ist die Revolüt zwischen faschistischen und sozialistischen Arbeiterorganisationen erneut akut geworden. Bei den gestrigen Zusammenstößen gab es 10 Tote und 30 Verwundete. Die Faschisten ziehen in Ravenna bewaffnete Scharen aus den Nachbarprovinzen zusammen und forderten die sozialistischen Führer auf, Ravenna innerhalb 24 Stunden zu verlassen. Die Sozialisten haben mit der Verkündung des Generallandtags in der ganzen Romagna geantwortet.

Die Minderheiten und der Sturz Korfantys

Warschau, 27. Juli 1922. (O.C.) Als aussichtsreicher Kandidat ministerposten wird neuerdings, neben Steslowicz der Krakauer Professor Komal genannt. Bei der Ablehnung des von den nationalistischen Rechtsparteien beantragten Mißtrauensvotums gegen Piłsudski haben die deutschen und jüdischen Sejmabgeordneten den Ausschlag gegeben und damit die Niederlage Korfantys herbeigeführt. Die jüdischen Delegierten erklären, sie hätten zwar gewisse Einwände gegen die Politik des Staatschefs, würden indessen gegen das Mißtrauensvotum stimmen, da seine Annahme im Lande eine Anarchie auslösen würde. Bei der dritten Lesung des Gesetzes über die Wahlordnung zum polnischen Sejm protestierten die Vertreter der Minderheiten gegen die vorgelegene Verteilung der Mandate auf die Wahlbezirke, weil dabei die gemischtnationalen Bezirke in tendenziöser Weise benachteiligt würden. Der Abgeordnete Grünbaum erklärte, die Sejmmehrheit schaffe selber einen Block der nationalen Minderheiten, der sofort nach der Annahme einer derartigen Wahlordnung ins Leben treten werde. Außer den Deutschen und Juden, die bereits bisher im Sejm vertreten waren, treten bei der Neuwahl im Oktober Weißrussen, Ukrainer und vielleicht Ökauer hinzu, die zusammen ein erhebliches Gewicht im Sejm darstellen dürften.

Die eingesperrten „erwachenden Ungarn“.

Es scheint, als wolle die ungarische Regierung, nachdem sie sich des Terrors der „erwachenden Ungarn“ bei den Wahlen bedient hat, um eine gefügige Parlamentsmehrheit zustande zu bringen, diese Nordbarden ungeschädlich zu machen, ehe sie ihr über den Kopf wachsen wie die Faschisten der italienischen Regierung. Nach der Verhaftung des Führers, des verhafteten Hejjas, und einer Anzahl von Anhängern in Budapest, kommen nun Nachrichten von weiteren Verhaftungen der Provinz.

Weitere Verhaftung von Hejjas-Anhängern.

Budapest, 27. Juli. In Kaposvár, einem kleinen Städtchen westlich von Oedenburg, sind weitere 70 Anhänger von Hejjas verhaftet worden. Sie wurden von 300 Gendarmen umzingelt, so daß ein Widerstand aussichtslos war. Die Bande war vorzüglich bewaffnet und bestand aus Flüchtlingen, aus dem von der Tschekoslowakei besetzten ungarischen Gebiet.

Zeltungsverbote. Die „Ender Zeitung“ wurde vom Oberpräsidenten in Hannover auf Grund eines Artikels in Nr. 162 vom 13. Juli (Erzungen — Witzungen) bis einschließlich 8. August verboten. — Das in Vucht/erlaßene Blatt „Der Odenwälder“ ist wegen des Korrespondenzartikels „Das Urteil eines amerikanischen Republikaners“ auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik auf die Dauer von einer Woche verboten worden. — Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein hat die „Lamburger Bürgerblode“ in der Provinz Schleswig-Holstein auf 6 Monate wegen eines Artikels mit der Überschrift: „Die Rathenau-Mörder geteilt“, verboten.

Das Goldkollonett beträgt für die Zeit vom 2. August bis einschließlich 8. August 11 400 vom Hundert.

Gewerkschaftsbewegung

Berliner Gewerkschaftskommission.

Neuwahl des Ausschusses. — Die sozialen Baubetriebe.

Die Gewerkschaftskommission nahm in ihrer Plenarversammlung am Mittwoch im „Englischen Hof“ zunächst die Konstituierung ihres Ausschusses vor. Der Ausschuss schlug vor, den Genossen Sabath weiter mit der Geschäftsleitung zu betrauen, das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden dem Genossen Siegle zu übertragen, zum Kassierer wieder den Genossen Wegner und zum Sekretär den Genossen Sprung zu bestimmen. — Da kein Widerspruch erhoben wurde, war damit die Konstituierung des Ausschusses abgeschlossen. (Genosse Bollmerhaus ist vor seinem Posten zurückgetreten.)

Ein Redner protestierte „im Namen der kommunistischen Fraktion“ dagegen, daß die Geschäftsleitung ein Telegramm mit der Unterschrift: „Die Gewerkschaftskommission“ an die russische Regierung gerichtet habe, ohne die Genehmigung der Plenarversammlung eingeholt zu haben. (Es handelt sich um das Telegramm, das sich gegen eine Verurteilung der Sozialrevolutionäre zur Todesstrafe wandte.) Diese „Protestaktion“ der Kommunisten rief großen Unwillen und große Aufregung in der Versammlung hervor.

Unter lebhafter Zustimmung wies Sabath darauf hin, daß es sich hier um das Leben mehrerer im Kampf um die Freiheit bewährter und ergrauter Revolutionäre handelt, die teils jahrelang unter dem zaristischen Regime in den Kerker geschmachtet haben oder nach Sibirien verbannt waren. Wenn das Leben dieser verdienstvollen Freiheitskämpfer bedroht erscheint, dann muß man nicht erst noch eine Versammlung einberufen. Gegen wenige kommunistische Stimmen befandete die Versammlung hierauf ihr volles Einverständnis mit der Absendung des Telegramms.

Dr. Wagner schilderte hierauf die Aufgaben des Verbandes sozialer Baubetriebe. Redner hob in seinen eingehenden Ausführungen hervor, daß die nach der Revolution erhobenen Erwartungen auf eine unumkehrbare Sozialisierung nicht in Erfüllung gehen konnten, weil die Vorbedingungen nicht gegeben waren. Die Arbeiterklasse war weder geistig noch wirtschaftlich vorbereitet. Es fragte sich, was nun geschehen müsse. Mit der Lohnpolitik allein sei das wirtschaftliche Problem nicht zu lösen. Die Bauwirtschaft ist das Gebiet, das große Anstrengungen für die Gemeinwirtschaft bietet. Das ist auch vom Leipziger Kongress des Gewerkschaftsbundes anerkannt worden, der den Bundesvorstand beauftragt hat, bei von ihm einseitig getroffenen gemeinwirtschaftlichen Regelungen des Wohnungswesens und der Baustoffe weiter zu betreiben und die Reichsregierung sowie die Parlamente der Länder und Gemeinden darauf hinzuwirken, daß die Gewerkschaften den Kampf gegen Wohnungsnot und Wohnungswucher auf breiterer Grundlage aufnehmen müssen.

Auf keinem anderen gemeinwirtschaftlichen Gebiete sei bisher ein so großer Erfolg aufzuweisen, wie ihn der Verband sozialer Baubetriebe erreicht hat, trotz planmäßiger Bekämpfung seiner Betriebe durch das Privatkapital. Alle Gewerkschaften seien mit an diesen Betrieben interessiert. Der Verband bedarf der finanziellen und moralischen Unterstützung der Gewerkschaften. Überall in Deutschland hat die Arbeiterklasse bereits zur Selbsthilfe gegriffen. Die irtischen Betriebe sind zu Bezirksverbänden zusammengeschlossen worden und die Bezirksverbände werden von den Gewerkschaften in den Bezirken finanziert. Es gilt nun auch in Berlin und Brandenburg solche Bezirksverbände zu schaffen und Baustoffbetriebe zu errichten, um den Wucher mit diesen Stoffen zu verhindern. Der Vorschlag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

In der anschließenden regen Aussprache vertraten die kommunistischen Redner einen ablehnenden Standpunkt. Ihre Einwände wurden von Schiemann, Reimann und von Referenten in seinem Schlusssatz zurückgewiesen. Auch Genosse Dr. Vildemann beteiligte sich an der Diskussion und hob hervor, daß man nicht alles, wie früher im alten Obrigkeitsstaate, nur von oben erwarten dürfe. Die Kommunisten fordern den Massenkampf. Es sei jedoch unverständlich, dieser nur mit dem Revolver in der Hand führen zu wollen. Jede Einwirkung zur Verbesserung der ökonomischen Verhältnisse der Arbeiterklasse sei ein Stück Klassenkampf. Wir brauchen geistige und wirtschaftliche Schulung. Erst müssen die Kräfte herangebildet werden, die die Wirtschaft übernehmen können. Sorgen wir dafür, daß gerade in Berlin Musterbetriebe geschaffen werden. (Lebhafter Beifall.)

Nach einem Schlußwort des Referenten erklärte der Vorsitzende Genosse Sabath, daß es nun die Aufgabe der Gewerkschaftskommission sei, für die Ausführung des vom 11. Gewerkschaftskongress gefassten Beschlusses zu wirken.

Unternehmerterror.

Die Mechaniker der Telephon-Fabrik R. Bosse u. Co., Berlin, Plener Str. 43, waren bestraft, in ihrem Einkommen mit den Mechanikern der Konkurrenzfirmen gleichgestellt zu werden. Die Firma lehnte dies unter Berufung auf die Tariflöhne ab, weshalb die Mechaniker das Arbeitsverhältnis lösten, um sich besser bezahlte Arbeitsplätze zu suchen. Daraufhin veranlaßte die Firma die

Inhaber der übrigen Telephon-Fabriken, die bei ihr ausgetretenen Mechaniker nicht einzustellen, diesen also neue Arbeitsgelegenheit zu verschließen. Damit nicht genug, fügte die Firma den Zeugnissen der Mechaniker folgenden Passus bei:

„Wir waren mit seiner Führung und seinen Leistungen stets zufrieden; sein Abgang erfolgte freiwillig zusammen mit ungefähr 80 Mechanikern nach Ablehnung überrationaler Forderungen.“

Wenn die Firma gute Kräfte nicht auch entsprechend bezahlen will, dann hat sie das Recht, sich anspruchslosere Kräfte zu suchen, die Arbeiter aber haben das Recht, die Stellung bei ihr mit besser bezahlten Stellen zu vertauschen. Doch hat kein Unternehmer das Recht, derartige verwerfliche Mittel zu praktizieren, um seinen früheren Arbeitern ihr weiteres Fortkommen zu erschweren. Ein Unternehmer muß für seinen Wohlstand zu danken haben, sich jedoch weigert, die gleichen Löhne zu zahlen, wie sie seine Konkurrenzfirmen zahlen, hat auch moralisch nicht das Recht, seinem Vorgesetzten in solcher Weise Ausdruck zu geben. Die Arbeiter haben korrekt gehandelt, nicht aber die Firma, die sie an freiwilliger Arbeit bei besserem Lohn zu hindern sucht.

Außerordentlicher Verbandstag der Postbeamten.

Die Erscheinungen, die sich unter den Eisenbahnern im Anschluß an den Eisenbahnstreik bemerkbar gemacht haben und die schließlich zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes geführt haben, sind auch in den Kreisen der Postbeamten aufgetreten, so daß sich der 150.000 Mitglieder zählende Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten veranlaßt gesehen hat, zur Klärung dieser Fragen einen außerordentlichen Verbandstag einberufen. Die Tagung begann gestern vormittag im „Deutschen Hof“.

In dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes, den der zweite Vorsitzende Heinrich ablegte, gab dieser u. a. seinem Verdauern darüber Ausdruck, daß der Berliner Bezirksverband in der Frage der Wahl zu den Beamtenausschüssen der Post insofern einen Disziplinbruch begangen habe, als er auf eigene Faust für seine Mitglieder Wahlenthaltung propagierte. Im Zusammenhang damit wurde dem Verbandstag eine Entschließung des Vorstandes vorgelegt, in der die Mißbilligung dieses Verhaltens des Berliner Bezirksverbandes beantragt wird. In der anschließenden Aussprache wurde von einer Reihe von Rednern aus dem Reich darauf hingewiesen, daß lediglich durch die Propagierung der Wahlenthaltung, die Verbesserungen in den Bestimmungen über die Beamtenverteilung bei der Post erreicht worden sei. Auch das Verhalten des Vorstandes während des Eisenbahnstreiks, die Gewährung finanzieller Unterstützung für die streikenden Eisenbahner, fand die Billigung mehrerer Diskussionsredner.

Der Kaiser der Gelben.

Die Gelben haben sich einen neuen Kaiser zugeeignet und zwar in der Person des ehemaligen Reichsministerpräsidenten. Seinen Befähigungsnachweis für sein neues Amt hat er offenbar im Jahre 1908 erbracht, als er selbigen Anstandens den berühmten Wahlrechtsraub gegen die sozialdemokratischen Arbeiter Neufüllens inszenierte. Heute steht er an der Spitze der Arbeitsschutzabteilung der Zentralstelle vaterländischer Verbände, Berlin W. 62, Kleiststraße 62.

Die von Herrn Oberbürgermeister Kaiser geleitete Arbeitsschutzabteilung hat die Aufgabe: „Die Opfer des gewerkschaftlichen und politischen Terrors mit Schadenersatz bei Terrorfällen, Rechtschutz und Arbeitsvermittlung zu unterstützen.“ Dazu wird die Industrie angehalten. „Millionen werden benötigt“, heißt es in dem Aufruf der Gelben. Die Gelben sind so dünn gesät, daß sie als Faktor im Wirtschaftskreislauf ernsthaft nicht in Frage kommen. Wenn in der den Gelben naheliegenden Zeitungen angegeben wird: „Schon hat aber ein neuer Terrorsturm in den Betrieben eingesetzt“, so ist das eine gewollte Übertreibung, die lediglich den Zweden dient, Geld von den Unternehmern und vor allem von den landwirtschaftlichen Lacker zu machen.

Die Republik und ihre Angestellten.

Die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung haben den Reichstagsvertrag für Behördenangestellte zum 30. September 1922 gekündigt. Der neue Vertragsentwurf, der bisher weder den zuständigen Ministern noch auch der Reichsregierung in ihrer Gesamtheit vorgelegen hat, sieht eine große Anzahl von Verschlechterungen vor. Ein Zwang zur Benutzung des Arbeitsnachweises bei der Einstellung von Angestellten soll in Zukunft nicht mehr bestehen. Die Dienststellen sollen sich vielmehr Bewerbungen auf dem ihnen geeignet erscheinenden Wege verschaffen. Damit wird der Protektionswirtschaft Tür und Tor geöffnet. Nach dem vor der Ermordung Rathenaus zustandegelommenen Entwurf „sann“ von den Angestellten die Leistung des Eides auf die Verfassung verlangt werden. Während für die Beamten — die durch die „Borrechte“ der Angestellten-beunruhigten Beamten — bei der Verurteilung von Schaden

eine dreijährige Haftstrafe festgesetzt ist, soll für die Angestellten eine solche von fünf Jahren eingeführt werden. Aus den Personalkarten, die den Angestellten auf Wunsch zur Einsichtnahme vorgelegt werden müssen, sollen in Zukunft die von der Dienststelle erteilten Auskünfte entfernt werden. Die bedeutendste Verschlechterung stellt die beabsichtigte Einführung der 48 stündigen Arbeitszeit unter Verlegung der Pausen außerhalb der Arbeitszeit dar. „Wir sehen“, führte Pojner in der vom Zentralverband der Angestellten einberufenen Versammlung der Behördenangestellten aus, die am Mittwoch nachmittag im „Deutschen Hof“ stattfand, „kaum eine Möglichkeit, auf der Basis des Vertragsentwurfes zu verhandeln.“ Vielleicht sei es notwendig, in Zukunft den Geltungsbereich eines abzuschließenden Tarifvertrages auf die vertragsschließenden Parteien zu beschränken. Cammer teilte mit, daß der „Gedog“ den Tarifvertragsentwurf als geeignete Verhandlungsgrundlage erklärt habe. Wie Kunert vom GdV. ausführte, deckt sich die Auffassung dieser Organisation durchaus mit der des GdV. In der Diskussion wurde ostentativ die Ablehnung deutsch-nationaler Verhandler als Vertreter der Reichsregierung (v. Schlieffen) verlangt. Die Präsentation dieser Herren stelle eine Provokation der republikanisch gesinnten Angestellten dar. Eine Protestresolution gegen den vorgelegten Tarifvertragsentwurf fand einstimmige Annahme.

Arbeitnehmer im Aufsichtsrat Deutsche Werke A. G.

Für die 14 Betriebe der Deutschen Werke wurden in den Aufsichtsrat gewählt: für die Arbeiter: Otto Lüd., 1. Vorsitzender des Zentralbetriebsrates, für die Angestellten: Georg Siedler, 1. Vorsitzender des Betriebsrates der Hauptverwaltung.

Achtung, Ristenmacher!

Versammlung aller streikenden Kollegen heute 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engeliner 24/25, Saal I. Tagesordnung: 1. Das Verhandlungsergebnis des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 2. Weisheitslehre über Abbruch des Streiks.

Zu dieser Versammlung sind auch alle arbeitenden Ristenmacher eingeladen. Deutscher Holzarbeiter-Verband, Die Branchenleitung.

Zum Streik der Kraftdroschkenfahrer.

Die Kraftdroschkenfahrer haben die Entscheidung des Schlichtungsausschusses im Streit der Kraftdroschkenfahrer in einer Versammlung einstimmig abgelehnt und beschlossen, an den bisherigen Lohnsätzen — 3 M. Lohn und 10 Proz. der Einnahme — festzuhalten. Die Arbeitgeber begründen ihre Haltung mit dem Hinweis, daß die augenblicklichen hohen Betriebskosten selbst durch die fünfjährige Lage nicht völlig gedeckt würden und daß die Existenz der Kraftdroschkenfahrer aufs schwerste bedroht sei, wenn ein so hoher Prozenttag der Einnahmen, wie ihn der Schlichtungspruch vorsehe, als Lohn gezahlt werde.

Neue Löhne der Transportarbeiter im Graphischen Gewerbe.

Für die Transportarbeiter im Buchhandel, Buchdruckerei, Buchbinderie, Zeitungsverlagsanstalten, Papier- und Pappengroßhandel, für die Papiermüllerei- und Papierausstattungsfabriken sind die Lohnbewegungen für den Monat Juli zum Abschluß gelangt und die neuen Lohnvereinbarungen gegen Mitgliedenausweis im Bureau des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Engeliner 24/25, II. Zimmer 31 zu haben.

Die Arbeiter der Vorwärts-Buchdruckerei haben an die Gewerkschaft, laut Mitteilung des Gewerkschaftsrates in den „Mitteilungen“, an freiwilligen Beiträgen für Verdienst während des Streiks als 1. Rate 25 087 Mark abgeführt.

Der Kellnerstreik in Erfurt, der infolge von Lohnunterschieden entstand, geht weiter. Die Gastwirtschaften lehnten das Angebot von 150 M. Garantielohn bei 10 Proz. Bedienungsgeld und angeblich fünfständiger Arbeitszeit ab.

Verantwortlich für den Inhalt: Franz Rißke, Berlin-Dahlemerstr. 10; für den Vertrieb: E. Glade, Berlin, Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Diegen 1. Auflage und „Jugend-Vorwärts“.

Hörnhaute, Schwielen u. Warzen
beseitigt
schnell, sicher
u. schmerzlos
In Apotheken u. besseren Drogerien erhältlich!
Gegen Fußschwellen und Wundläusen Kukurol = Fußbod!

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
besitz. Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweises
Koch & Seeland G. m. H.
Gortraudenstraße 20-21.

Massary.
Delft
edel wie
der Name



Fritzi
Massary
eine Zigarette
von Rang

Urteilen Sie selbst!

KON LINON